

PETITION: HILFE STATT ABTREIBUNG



„Das aggressive Drängen meines Partners hat mich so sehr unter Druck gesetzt, dass ich keine andere Lösung gesehen habe, als die Abtreibungspille zu nehmen. Ich habe es schwer bereut und bin weinend vor ihm zusammengebrochen. Ich hätte dieses Kind gerne behalten, wenn ich nicht alleine mit diesem Wunsch gewesen wäre.“ (eine aus tausenden Anfragen, die uns von Schwangeren in Not vorliegen).

Seit der Einführung der faktischen Fristenlösung 1974 (sog. Indikationslösung) wurden bis heute offiziell über 6,3 Millionen Schwangerschaften in Deutschland durch eine Abtreibung beendet. Das bedeutet, dass allein in den vergangenen 50 Jahren über 6,3 Millionen ungeborene Kinder nicht zur Welt kommen durften. Zuzüglich der Kinder dieser Kinder, die nicht Eltern werden konnten, weil sie nicht geboren wurden, fehlen heute rund 10 Millionen Menschen allein in Deutschland. Menschen, die eine riesengroße, eine gigantische Lücke hinterlassen haben. Diese Massenabtreibung hat schon heute ungeheuerere Auswirkungen auf unsere Familien, unsere Gesellschaft, auf unsere Wirtschaft und auf unsere Kultur.

Profemina hat seit 2009 bis heute über 600.000 Frauen im Schwangerschaftskonflikt digital, telefonisch und persönlich beraten. Die Beratung und Hilfe für diese Frauen und Familien hat uns gelehrt:

1. 99 Prozent aller Frauen geben nicht die Schwangerschaft an sich als Ursache für ihren Konflikt an, sondern äußere Umstände wie „Biographische Gründe“, „Überlastung“ und „Partnerschaftsprobleme“.

2. Die überwältigende Mehrheit dieser Frauen gibt an, keine freie Wahl bzw. keine Alternative zur Abtreibung zu haben und sich ausdrücklich gegen den eigenen Willen zur Abtreibung entscheiden zu müssen. Wird mit diesen Frauen, Paaren und Familien eine belastbare Alternative zur Abtreibung erarbeitet, entscheiden sich rund zwei Drittel für ein Ja zum Leben ihres Kindes.
3. Ungezählte Frauen, Männer und Familien leiden unter den Folgen einer Abtreibung.

Deshalb fordern wir den Deutschen Bundestag dazu auf, Abtreibungen nicht zu legalisieren, die Wartepflicht von drei Tagen zwischen Beratung und Abtreibung nicht zu streichen und die Abtreibungskosten nicht als reguläre Kassenleistung zu finanzieren, sondern die §§218 und 219 nach dem Grundsatz „HILFE statt Abtreibung“ so neu zu regeln, dass

1. sich die neue gesetzliche Regelung strikt am Wohl und am Schutz von Schwangeren in Not und ihren ungeborenen Kindern ausrichtet;
2. sämtliche Beratungsangebote für Frauen im Schwangerschaftskonflikt darauf verpflichtet werden, ihre Beratung strikt an der Erarbeitung einer Alternative zur Abtreibung und der Ermöglichung eines Ja zum Leben des ungeborenen Kindes durch die Frau auszurichten;
3. ein flächendeckendes Beratungs- und Hilfsangebot für Frauen und Familien aufgebaut und gefördert wird, die unter den seelischen Folgen einer Abtreibung leiden.



1000plus.net/
PETITION

Jetzt scannen und
→
online unterschreiben

